

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags. Bezugspreis halbjährlich 70 Pfennig frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im inländischen Verkehr monatlich 1.80 M. : Einzelnummern 10 Pf. Cirokonto Nr. 50 bei der Oberamtskasse Neuenbürg Zweigst. Wildb. : Bankkonto: Enzthalbank Roma-Gef. Haberle & Co. Wildbad. : Postfachkonto Stuttgart. 20 174.

Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum im Bez. Grundpr. 12 Pf., außerh. 15 einseil. Inf.-Steuer. Reklamzeile 30 Pf. : Rabatt nach Tarif. Für Offerten u. bei Auskunftserteilung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. : Schluß der Anzeigenannahme tägl. 8 Uhr vorm. : In Konturzeilen od. wenn gerichl. Bezeichnung notw. wird, fällt jede Nachschlagew. weg.

Druck, Verlag und Schriftleitung Theodor Gack in Wildbad, Wilhelmstraße A 151; Wohnung: Charlottenstraße 221

Nummer 267

Februar 179

Wildbad, Mittwoch, den 12. November 1924

Februar 179

Jahrgang 59.

Ueberschüssiges Händlerlum

Langst hat man erkannt, daß jede Tätigkeit, die die Aufgabe erfüllt, zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse beizutragen, vollgültige Werte schafft. Eine Handelstätigkeit also, die den Verbrauch verbilligt, hilft oder den Nutzen des Erzeugers vergrößert, muß als unzweifelhaft „produktiv“ gelten. Schon die räumliche Verschiebung der Waren von den Orten ihres Ueberflusses nach den Stellen des dringendsten Bedarfs ist ein unstreitig „wertvoller“ ökonomischer Dienst am Gemeinwohl, der geleistet wird.

Diese Beurteilung der Rolle des Handels verhindert aber nicht, daß der Handel trotzdem zum wirtschaftlichen Schmarotzer werden kann. Doch hat er dies gemein mit allen anderen Berufsarten: jeder Produktionszweig, der nicht ökonomisch arbeitet, d. h. mit möglichst geringem Aufwand den größtmöglichen wirtschaftlichen Nutzen erbringt, setzt sich dem Vorwurf aus, schmarotzerhaft zu entarten, d. h. in ungerechtfertigter Weise am Gesamteinkommen zu zehren und sich über Gebühr zu bereichern, (z. B. mißbräuchliche Ausnutzung von Monopolen usw.)

Nur liegen die Dinge vielfach so, daß der Handel unter gewissen Umständen am leichtesten von allen Berufen dieser Entartung verfallen kann. Besonders zu Zeiten schwerer Krisen, Unsicherheit durch Kriege oder innere Unruhen, geldliche Störungen wie Inflation usw., unterliegt der Handel bezüglich seiner Gewinne leicht einer übermäßigen Aufblähung. Im letzten Jahrzehnt haben eine Menge dergleichen Gründe darauf eingewirkt, den modernen, gut eingefahren Handel in allen Ländern aus seinen gesicherten Gleisen zu werfen. Der moderne Handel hatte sich in richtiger Erkenntnis seiner eigenen Rolle selbst zur Lösung des treffenden Merkwort gefast: „Großer Umsatz — kleiner Nutzen“ und hatte seine gesamte Technik darauf abgestellt. Solange er nach diesem Grundsatz verfuhr, bedeckte sich sein Nutzen vollkommen mit den Anforderungen, die das Gemeinwohl an ihn zu stellen berechtigt war. Es kann nicht verkant werden, daß er heute dieses Grundsatz häufig nicht mehr nachzuweisen befähigt ist. Ganz abgesehen von der Zeit wüsten Schiebtertums (das bei kleinen Umsätzen und oft ohne elanen Einsatz riesigen Gewinnen nachjagte) haben gewisse Umstände nachhaltiger gewirkt, um den soliden Handel verkrüppeln und entarten zu lassen und seine Gewinne unverhältnismäßig emporzuschrauben.

Die gütererzeugenden Gewerbe haben mit längeren Fristen zu rechnen als der Handel, — man denke nur an die an einen vollen Jahreslauf und mehr gebundene Landwirtschaft. Dies allein hat schon zur Folge, daß das Kapital sich während unruhiger Zeiten scheut, sich in Industrie oder Landbau festzuliegen. Es zieht sich sogar nach Möglichkeit aus solchen, schon bestehenden Anlagen heraus, um größere Beweglichkeit und dadurch vermehrte Anpassungsfähigkeit zu erlangen. Die Folge davon ist nicht nur ein übermäßiges Abströmen des Kapitals in den Handel — eine „Ueberfetzung“ desselben mit Kapital —, sondern auch verminderte Arbeitsgelegenheit in Industrie und Landwirtschaft. Die dort freigesetzten Arbeitskräfte wenden sich dem Güterumschlag zu und bilden den Anlaß zu einer personellen Ueberfetzung des Handels. Dieser Andrang wird umso fühlbarer, als kein Gewerbe so leicht Gelegenheiten bietet, mit geringem Kapital und ohne feste Anlagen auf längere Sicht, wie sie jedes gewerbliche Unternehmen erleidet, sich eine Lebensfristung zu verschaffen. Die Inflation mit ihrer nervösen Ueberhaftung und schwindelhaften Unsicherheit tat ein übriges, um diesem Bestreben Vorschub zu leisten.

In Friedenszeiten gehörten in Deutschland etwa 11 Prozent der Bevölkerung dem Handel, und Gastwirtsgewerbe an (beides wurde, weil lediglich umfahende Berufe, gemeinsam gezählt). Heutzutage liegen mindestens 22—25 Prozent dem Handel und Gastwirtsgewerbe ob. So sind heute in Berlin 60 000 Firmen ins Handelsregister eingetragen, gegen 31 000 im Jahr vor dem Krieg. Also tatsächlich nahezu das Doppelte, während doch die umlaufenden Waren und sonstige Werte in der verarmten Wirtschaft noch nicht zwei Drittel, viellecht gar nur die Hälfte der Vorkriegszeit ausmachten. Dies ergäbe also eine Ueberfetzung des Handels gegen früher auf das Drei- oder Vierfache, was nichts anderes besagt, als daß an jedem Warenumlauf vom Erzeuger bis zum wirklichen Verbraucher sich drei- bis viermal so viel Personen zwischenschleichen und davon zehren! Selbst bei den Waren des allerdringlichsten Bedarfs, die sich rasch und in großen Mengen bei geringem Nutzen umzulegen pflegen, ist die Spanne ungeheuer gewachsen, wie z. B. bei Brot, wo er zwischen Roggen und verbraucherfertigem Brot im Jahr 1923 54 Prozent betrug, heute aber über das Doppelte ausmacht, nämlich 110 Prozent. (Es sei zugegeben, daß hier auch zwei verarbeitende Gewerbe, Müllerei und Backerei, mitbeteiligt sind, neben Getreide- und Mehlhandel.) Also an den Handelsleistungen Beteiligten erheben heute über die Hälfte auf Gemeinnütze die früher als unverhältnismäßig hoch anzusehen. Jede Preissteigerung bewirkt in der heutigen zusammengekauften Wirtschaft nur einen Bruchteil der umlaufenden Warenmenge, die früher

Tagesspiegel.

Fast das ganze Betriebspersonal der Berliner S- und Untergrundbahn ist am Dienstag in den Ausland getreten. Der Betrieb ruht.

Infolge des Eisenbahnerstreiks in Oesterreich fehlt es in Wien an Milch; Fleisch und Obst sind im Preis stark gestiegen.

In Paris wurde der Tag des Waffenstillstands (11. November) festlich begangen.

Das englische Unterhaus ist auf 2. Dezember einberufen worden. Die feierliche Eröffnung mit Thronrede findet am 8. Dezember statt. Das neue Kabinett zählt nun nach einigen weniger wichtigen Ergänzungen 21 Mitglieder. (Mac Donalds Kabinett war 20 Mann stark, da Mac Donalds Ersterminister und Außenminister zugleich war.)

Der englische Admiral Webb wurde mit der „Ausbildung“ der griechischen Flotte beauftragt.

Die Stellung des italienischen Kriegsministers Giorgio soll erschüttert sein, weil sein Entwurf der neuen Heeresordnung mit der Verminderung der Heeresbestände in militärischen Kreisen wegen der Störung des militärischen Stärkeverhältnisses anderen Staaten gegenüber auf Widerstand gestoßen ist.

Aus Konstantinopel wird über starke Truppenbewegungen in der Türkei berichtet. 40 Dampfer befördern ununterbrochen Truppenteile nach verschiedenen Punkten.

König Ali von Transjordanien, ein Sohn des vertriebenen Königs Hussein von Hedschas, zieht mit einem Heer gegen Mekka, um den Wahabiten die heilige Stadt wieder zu entreißen.

Das rebellische brasilianische Kriegsschiff „San Paulo“ ist im Hafen von Montevideo eingelaufen. Es wurde von anderen brasilianischen Schiffen verfolgt.

auf sie entfiel, will aber doch davon ihren vollen und reichlichen Unterhalt bestreiten, weil das Händlerlum in der Inflationzeit sehr vermehrt worden ist. Die durchschnittlichen Aufschläge sind daher erschrecklich groß.

Die Steuerermäßigung

In einer Presseführung teilte Reichsfinanzminister Dr. Luther als Ergebnis der Finanzministerkonferenz mit, daß vom 1. Januar ab die Umsatzsteuer, die schon im August von 25 auf 2 Prozent herabgesetzt worden war, auf 1,5 Prozent und in nicht ferner Zeit auf 1 Prozent ermäßigt werden soll. Desgleichen soll die sogenannte Luxussteuer, die in Wirklichkeit sich als eine schädliche Belastung der Qualitätsarbeit herausgestellt hat, von 15 auf 10 Prozent erleichtert werden. Die Einkommensteuer aus gewinnbringender Beschäftigung bleibt unverändert. (20 Prozent bei Einkommen über 8000 Mark), dagegen soll die Lohnsteuer eine Ermäßigung erfahren, indem einerseits das steuerfreie Arbeitseinkommen von 50 Mark im Monat (jährlich 600 Mark) auf 60 bzw. 720 Mark erhöht und kleine Einkommensteuerbeträge bis zu 80 Pf. monatlich überhaupt nicht mehr erhoben werden. Ein Jungeselle ist also künftig bei einem Jahreseinkommen bis 875 Mark steuerfrei, ein Verheirateter bis 889 Mark, mit 1 Kind bis 906 Mark, mit 2 Kindern bis 929 Mark und bei 8 Kindern bis 2000 Mark. Bei der Vorauszahlung, die z. B. bei der Landwirtschaft als eine Art landwirtschaftlicher Vermögenssteuer sich auswirkt, die sich nicht nach dem wirklichen Einkommen richtet, ist vom 1. Dezember ab eine Senkung von 25 Prozent vorgesehen. Der kritische Termin des 15. November für die Vorauszahlungen bleibt also leider bestehen. Die Finanzminister der Einzelstaaten haben sich gegen die Maßnahmen gestäubt, namentlich auch gegen die Anwendung des Artikels 48 der Verfassung (Verordnungsweg). Den Einzelstaaten sollen bekanntlich von der Umsatzsteuer ein Fünftel, von der Einkommensteuer neun Zehntel zu, so daß die Steuerentlastung sich für sie sehr bemerkbar macht. Das Reich hat sich deshalb bereit erklärt, einen gewissen Feststand (Grundlage die Monate August und September) zu gewährleisten. Die Einzelstaaten hingegen haben sich bereit erklärt, mit der Senkung der Reichssteuer gleichzeitige eine Verminderung der Gewerbesteuer einzutreten zu lassen und die Landessteuern überhaupt und ferner die Steuern und Gebühren der Gemeinden zu ermäßigen. Die Regelung des Finanzausgleichs auf der Grundlage des August und September gilt bis 31. März 1925.

Nach einer neueren Meldung aus Berlin ermäßigt sich auch die am 15. November fällige Vorauszahlung der Landwirtschaft um ein Viertel.

Amerikas Pläne zur Luft

Washington, 11. Nov. Der amerikanische Admiral F. J. Schuchert schreibt: Unser neuer Lufttrieb „Los Angeles“ (vorher J. R. 3) ruht nach einer Meerfahrt von dreieinhalb Tagen in seiner Wiege in Lakehurst. Die ganze Welt folgt seinem Triumpzug und ist nun gespannt, ob die Vereinigten Staaten den vollen Wert dieses Luftkreuzers für ihr wirtschaftliches Gedeihen und ihre nationale Verteidigung erkennen werden. Die Luftschiffahrt läßt sich in jeder Weise ausnützen. Es kommt nur darauf an, sie so zuverlässig und sicher zu machen, daß sie das volle Vertrauen des Publikums gewinnt. Tatsächlich haben Engländer und Deutsche erfolgreiche Zeppeline, gefüllt mit leicht entzündbarem Wasserstoff, benützt und werden sicher damit fortfahren. Nationale Rücksichten zwangen sie, aller Gefahr zu trotzen. Frankreich, Italien, Spanien, Holland und Japan werden das gleiche tun. Alle Nationen bauen Luftschiffe, um mit ihren Kolonien verbunden zu bleiben. Das britische Weltreich kann nicht ohne Luftschiffe zusammengehalten werden. Die Flotte allein wird nicht mehr genügen.

Aber nur die Vereinigten Staaten sind in der Lage, die Feingefahr durch Verwendung von Heliumgas auszuweichen. Wir haben darin tatsächlich eine Ausnahme. Das Heliumgas wird gewonnen aus den natürlichen Gasen, deren Felder sich von Nordamerika über mehrere Staaten bis Westindien erstrecken. Sonst gibt es nur noch heliumhaltiges Gas in Kanada, aber in geringeren Mengen. Das Naturgas von Mexiko und Rußland enthält kein Helium. So haben die Vereinigten Staaten einen gewaltigen Vorteil über alle anderen Völker, um den sie uns mit Recht beneiden. Die Vereinigten Staaten haben jetzt die Möglichkeit, alle anderen Völker im Aufbau ihrer Luftflotte zu überflügeln. Zur See hält sich die amerikanische Flotte nur mit Schwierigkeiten. Wir geben jährlich 50 Millionen Dollars zur Unterhaltung der Handelsflotte aus. Die Betriebskosten eines amerikanischen Dampfers sind dreimal so hoch wie die eines japanischen. Aber mit Hilfe des Heliums können wir Zeppelinlinien einrichten, welche Post, Passagiere und leichte Waren mit weit geringerer Gefahr befördern als alle anderen Staaten.

Jedoch stehen wir vor einer beschämenden Tatsache. Die „Shenandoah“ muß eilends nach Hause, um der „Los Angeles“ ihre Heliumvorräte abzugeben, damit die letztere zu ihrer Abnahmefahrt auflegen kann. In Fort Worth (Texas), bekannt als die Heimat des Heliums, haben die Vereinigten Staaten nur eine einzige Anlage zur Gewinnung des Heliums aus dem natürlichen Gas. Wir mühten unbedingt die bestehende Anlage erweitern oder weitere errichten, um stets reichlich mit Helium versehen zu sein. Man schätzt, daß wir infolge des Fehlens entsprechender Anlagen alljährlich 400 Millionen Kubikfuß Helium verlieren. Diese Mengen würden ausreichen, um sowohl die „Shenandoah“ wie die „Los Angeles“ hundertmal zu füllen, und es würde genügen, mindestens 25 Zeppeline dauernd in der Luft zu halten. Heer, Flotte und Bergwerksamt haben ihre Schuldigkeit getan, aber die Fürsorge des Kongresses war in betrieblendem Maße unzureichend.

Unter der Leitung des holländischen Ingenieurs Fokker will die Regierung der Vereinigten Staaten 100 Flugzeuge bauen lassen.

Neue Nachrichten

Die Lohnfrage der Eisenbahner

Berlin, 11. Nov. Gestern fanden wieder Besprechungen zwischen der Hauptverwaltung der Reichsbahn-Gesellschaft mit den Vertretern der drei Eisenbahnergewerkschaften statt. Auf Grund der Besprechung wird die Hauptverwaltung dem für die Lohnregelung zuständigen Verwaltungsrat einen Vorschlag auf Lohnerrhöhung zugehen lassen.

Die Sowjetgedächtnisfeier

Berlin, 11. Nov. Zur Gedächtnisfeier der Errichtung der Sowjetherrschaft in Rußland am 9. November fand in der Sowjetbotschaft ein Empfang statt, zu dem Reichsminister Stresemann und viele hohe Reichs- und preussische Staatsbeamte erschienen. Abends fand ein Brundmahl statt, bei dem, wie die Blätter berichten, u. a. 1858er Steinberger Kabinettwein getrunken wurde, der zu den erlesensten Edelweinen gehört. (Kaiser Wilhelm II. sandte 1892 zur Anbahnung der Wiedererhöhung dem Fürsten Bismarck eine Flasche solchen Weins nach Bad Kissingen.)

An der Feier in der russischen Botschaft in Berlin hat kein Mitglied der neuen englischen Regierung teilgenommen. Die englische Regierung steht demnach mit der Sowjetregierung in keinem freundschaftlichen Verhältnis. Dagegen wohnten der Feier in Paris amtliche Persönlichkeiten bei.

Aus der Wahlbewegung

Berlin, 11. Nov. Die Reichswahlliste der Deutschen Volkspartei beginnt mit folgenden Namen: 1. Dr. Stresemann



